



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

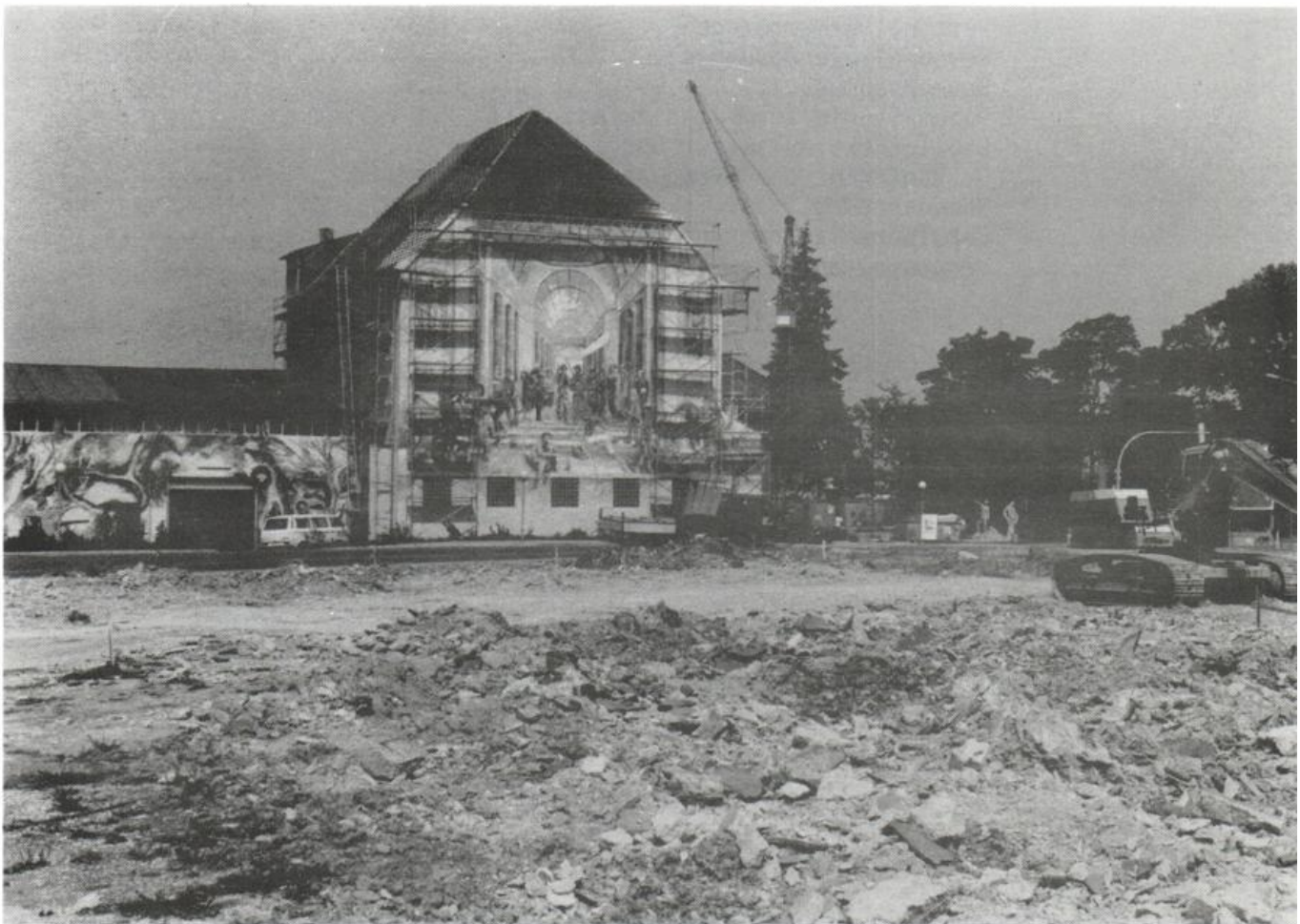
Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Nr. 7

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

24. 9. 1984, Nr. 7, 1. Jg.



- Studienplatzbewerbungen
- Umweltanalytik
- HRG-Novelle
- Pilot-Studie zur Studierfähigkeit
- Zur Situation der Bibliothek

AUS DEM INHALT

Studienplatzbewerbungen an der Uni-GH.....	3
Studienanfänger-Zahl bis 1988 unverändert hoch.....	4
Großgerät für Umweltanalytik	6
Gemeinsames Forschungsvorhaben mit Nixdorf AG.....	7
"Verbesserte Bildungschancen".....	8
Bundesregierung und HRG-Novelle.....	9
Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.....	10
Zeitvertragsnovelle.....	13
Nachrichten aus der Verwaltung.....	14
AVMZ-aktuell.....	14
Personalrat umgezogen.....	15
Personalveränderungen.....	15
Baumaßnahmen.....	17
Pilot-Studie zur "Studierfähigkeit".....	19
Bibliothek: Anlaß zur Sorge.....	22
3. Konferenz der Fremdsprachendidaktiker.....	24
Namensgebung.....	25
Berufserweiterndes Lehrangebot.....	26
Veranstaltungshinweis.....	28

Titelbild: Rund 200 Parkplätze mehr werden demnächst an der Warburger Straße zur Verfügung stehen. Die Bauarbeiten schreiten zügig voran (siehe Seite 17/18).

IMPRESSUM:

Herausgeber: Pressestelle der Universität-Gesamthochschule-Paderborn

V.i.S.d.P. : Detlev Grewe

Fotos : B. Grimm

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Studienplatzbewerbungen 1984 mit leicht verändertem Trend

Nachdem die ersten Auswertungen über das Verhalten von Studienplatzbewerbern in landes- und bundesweit vergebenen Studiengängen durch die Zentrale Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund vorliegen, läßt sich für die Universität-Gesamthochschule-Paderborn feststellen: die Bewerbungen mit der Präferenz für die Paderborner Hochschule und ihre Abteilungen in Höxter, Soest und Meschede sind in vielen Bereichen weiter steigend. Dies spricht für die Attraktivität der Hochschule.

Im Vergleich zum Wintersemester 1983/84 ist für das kommende Wintersemester bundesweit und auch regional ein veränderter Trend bei der Studienplatznachfrage zu konstatieren.

Neben den üblichen "harten NC-Fächern" ist in den technischen Disziplinen inzwischen eine Situation entstanden, in der die Hochschulen nur noch durch Überlastung ihrer Kapazitäten dem Bewerberandrang entsprechen können.

Mit vielen Vorschußlorbeeren hinsichtlich seiner Berufsaussichten ist der Studiengang Informatik versehen; er kann in diesem Jahr wieder einen bundesweiten Bewerberanstieg von 7,7 % verzeichnen. An der Uni-GH-Paderborn übersteigt die Anzahl der Bewerber die Zahl der Studienplätze um rund 150 % (106 Plätze werden über die ZVS vermittelt, 259 Bewerbungen liegen vor).

Erstaunlich ist der landesweite Bewerberrückgang für die Fachhochschulstudiengänge Elektrotechnik und Maschinenbau, die die "Nachfragerenner" des letzten Jahres waren. Während sich im Studiengang Elektrotechnik auch an der Uni-GH-Paderborn, Abteilungen Meschede und Soest, der Rückgang bemerkbar machte (1983: 240, 1984: 196), konnte der Studiengang Maschinenbau trotz des landesweiten Trends einen leichten Anstieg verzeichnen (1983: 189, 1984: 194). Da die Gesamtzahl der Bewerber in beiden Studiengängen landesweit jedoch immer noch 70 % höher liegt als die Zahl der zur Verfügung gestellten Studienplätze, muß auch hier mit Überlastung gelebt werden.

Bemerkenswert ist der Anstieg in der Studienrichtung Betriebswirtschaft nach einem Jahr der Stagnation. Bundesweit stieg die Zahl der Bewerber um 10,6 % - in Paderborn um 11,1 % (1983: 190, 1984: 211). Hervorzuheben bleibt des weiteren, daß die Bewerberzahl für die Baudisziplinen Architektur und Bauingenieurwesen weiter ansteigen. So verzeichnet z. B. der Studiengang Architektur an der Abteilung Höxter eine Steigerung der Nachfrage um knapp 39 %.

Der geisteswissenschaftliche Bereich zeigt bundes- und landesweit die gleichen Tendenzen wie im vergangenen Jahr: weiterer Nachfrageanstieg in den Diplom- und Magisterstudiengängen (plus 20 %); Nachfragerückgang im Lehramtsstudienbereich (um rund zwei Drittel).

Aller Voraussicht nach werden zum Wintersemester 1984/85 knapp 12.000 Studenten an der Uni-GH-Paderborn immatrikuliert sein.

Zahl der Studienanfänger bis 1988 unverändert hoch

Eine Prognose der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) geht davon aus, daß die Zahl der Studienanfänger bis in das Jahr 1988 unverändert hoch bleiben wird. Von den rund 300 000 Studienberechtigten eines Altersjahrgangs würden 250 000 ein Studium aufnehmen. Ein deutlicher Rückgang der Studienanfänger wird erst Anfang der 90er Jahre erwartet.

Die Zahl der Hochschulabsolventen an wissenschaftlichen Hochschulen und an Kunsthochschulen wird laut Prognose in den kommenden Jahren weiter steigen und 1993 mit 136 000 bis 142 000 ihr Maximum erreichen.

Die Hochschulen werden sich also auch zukünftig darauf einzustellen haben angesichts knapper finanzieller und personeller Ausstattungen mit einer 'Überlast' an Studenten zu leben. Die Anzahl der ausgewiesenen Studienplätze und die der tatsächlich Studierenden stehen heute schon in einem deutlichen Mißverhältnis.

An die verantwortlichen Politiker ist deshalb der Aufruf zu richten, für die Zukunft finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen Beteiligten ermöglichen, den universitären Wissenschaftsbetrieb unter der Zielvorgabe der Öffnung der Hochschulen aufrecht zu halten.

Prognose der Studienberechtigten und Studienanfänger nach Hochschulart in Tausend						
Jahr	Studienberechtigte			Studienanfänger		
	Insgesamt	davon mit		Insgesamt	davon an	
		Hochschulreife	Fachhochschulreife		Wissenschaftlichen und Kunsthochschulen	Fachhochschulen
1983	294	224	70	237-245	166-173	71-72
1984	298	228	70	247-254	174-180	73-74
1985	295	226	69	248-256	175-182	73-74
1986	300	231	68	249-258	177-184	73-74
1987	298	232	66	249-258	177-185	72-73
1988	286	224	62	245-253	175-182	70-71
1989	263	206	57	233-243	166-175	67-68
1990	246	193	54	220-231	157-166	63-65
1991	229	179	50	207-219	147-157	60-62
1992	217	164	48	194-208	137-148	57-59
1993	201	155	46	183-198	128-141	55-57
1994	196	151	45	176-193	123-137	54-56
1995	194	149	45	173-191	120-135	53-56

Prognose der Studenten und Hochschulabschlüsse nach Hochschulart in Tausend						
Jahr	Studenten			Bestandene Hochschulprüfungen (Personen)		
	Insgesamt	davon an		Insgesamt	davon an	
		Wissenschaftlichen- und Kunsthochschulen	Fachhochschulen		Wissenschaftlichen und Kunsthochschulen	Fachhochschulen
1983	1213-1222	970-977	243-245	135	95	40
1984	1261-1277	1000-1013	261-264	142	98	44
1985	1292-1316	1020-1040	272-276	152	102	50
1986	1313-1335	1035-1052	278-283	159-160	105	54-55
1987	1332-1369	1052-1085	279-285	167-168	109	58-59
1988	1350-1393	1073-1111	277-282	176-178	117	60-61
1989	1348-1397	1077-1120	272-277	184-187	124-126	60-61
1990	1329-1382	1066-1114	263-269	189-193	129-132	60-61
1991	1291-1348	1039-1090	252-258	194-201	135-141	59-60
1992	1184-1245	945-998	240-247	193-200	136-141	58-59
1993	1129-1195	900-959	228-237	192-199	136-142	56-57
1994	1072-1145	853-917	219-228	188-195	135-141	53-54
1995	1020-1101	808-878	212-222	182-190	132-138	50-52

Quelle: KMK, Fortschreibung zur Dokumentation Nr. 72

Düsseldorfer Kabinett will Schwerpunkt "Umweltanalytik"
an der Uni-GH fördern

Die Entscheidung im Düsseldorfer Kabinett ist gefallen: die Schaffung eines Forschungsschwerpunkts "Umweltanalytik" an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn soll durch die Bereitstellung der finanziellen Mittel (rund 1 Millionen Mark) für ein dazu notwendiges Großgerät gefördert werden. Schon in seiner Regierungserklärung am 13. Juni zu den Perspektiven der Technologie- und Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen hatte sich Ministerpräsident Johannes Rau ausdrücklich auf Paderborn als Standort des Forschungsschwerpunkts "Umweltanalytik" festgelegt.

Die Paderborner Einrichtung gehört zu einer Reihe von Maßnahmen im "Zukunftstechnologieprogramm des Landes NRW", das jährlich einen Betrag von 100 Millionen Mark ausweist (Gesamtvolumen: 400 Millionen).

Die sog. Rückstandsanalytik-Anlage wird im Fachbereich Chemie und Chemie-technik angesiedelt sein. Im Fach Angewandte Chemie werden seit 1977 Verfahren der Rückstandsanalytik von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Analytik wassergefährdender Stoffe erarbeitet. Allerdings gelingt es mit der momentan vorhandenen apparativen Ausrüstung nicht, in den Bereich kleinster Konzentrationen vorzudringen.

Die Rückstandsanalytik befaßt sich mit umweltrelevanten Stoffen (Metall, chemische Verbindungen). Diese Stoffe können toxisch, erbgutverändernd wirken, Krebs erzeugen oder aber, bei nicht akuter Wirkung, Lebensprozesse langfristig ungünstig beeinflussen. Deshalb ist es notwendig, chemische Verbindungen (z. B. Pflanzenschutzmittel) nach Art und Menge kontrolliert in die Umwelt zu bringen und ihr Verhalten im Boden genau zu studieren.

Um zuverlässige Aussagen über die tatsächliche Umweltbelastung durch Pflanzenschutzmittel (Insektizide, Herbizide, Fungizide) machen zu können, muß die Rückstandsanalytik Methoden entwickeln, um 1 Molekül eines Pflanzenschutzmittels unter 100 Millionen Molekülen anderer Stoffe sicher zu bestimmen.

Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet sind dringlicher denn je. Hat sich doch in den letzten 20 Jahren gezeigt, daß eine Reihe polychlorierter Koh-

lenwasserstoffe (DDT, Aldrin, Hexachlorcyclohexan, Hexachlorbenzol, Polychlorbiphenyle) über die ganze Erde verbreitet sind, so etwa auch in den arktischen Meeren. Diese Verbindungen werden weder chemisch, physikalisch noch biologisch abgebaut und reichern sich in der Nahrungskette an, gelangen beispielsweise in das Fettgewebe des Menschen. Andere polychlorierte Verbindungen entstehen bei Verbrennungsprozessen wie das sog. "Seveso"-Gift Dioxin. Auch in dieser Gruppe von Verbindungen befinden sich toxische bzw. kanzerogene Vertreter.

Die Rückstandsanalytik-Anlage in Paderborn wird in der deutschen Hochschul-landschaft einmalig sein. Das Großgerät kann jedoch erst nach der endgültigen Zustimmung durch den Düsseldorfer Landtag bestellt werden. Die Lieferzeit beträgt fünf Monate. Zusätzlich, so schätzt der für das Forschungsprojekt Verantwortliche, Prof. Dr. Anton Kettrup, werden zwei bis drei Monate für die Einarbeitung zweier Fachkräfte am Gerät zu veranschlagen sein. Umbaumaßnahmen in der Forschungsabteilung werden hinzukommen, so daß bis zur endgültigen Inbetriebnahme des Großgerätes acht Monate nach der Bestellung vergehen werden.

Uni-GH und Nixdorf AG planen gemeinsames Forschungsvorhaben

Die Universität-Gesamthochschule-Paderborn und die Nixdorf Computer AG planen ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Forschungsgegenstand der zu gründenden Institution sind "Werkzeuge zum Entwurf hochintegrierter Schaltungen".

Ziel der Kooperation ist, den Technologietransfer zwischen Hochschule und Industrie zu stärken, um einen Beitrag zu leisten, die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Bereich Computertechnologie weiter zu fördern.

Der Standort Paderborn ist für eine solche Zusammenarbeit besonders geeignet. Zum einen wegen der hier ansässigen Computer-Industrie; zum anderen besteht an der Uni-GH-Paderborn ein Forschungsschwerpunkt der Informatik und Elektrotechnik im Bereich der hochintegrierten Schaltungen.

Die Paderborner Hochschule legt bei der angestrebten Zusammenarbeit besonderen Wert darauf, daß die gewonnenen Forschungsergebnisse auch einer breiten wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Sollte die Finanzierung durch das Land demnächst sichergestellt sein, könnte mit der Realisierung des Projekts Anfang 1985 gerechnet werden.

BMBW-Haushaltsplanentwurf 1985: "Verbesserte Bildungschancen"

Förderung des Hochschulbereichs, Studien- und Promotionsförderung, Förderung des Internationalen Austauschs - diese drei Schwerpunkte sollen, so sieht es der Haushaltsplanentwurf 1985 des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) vor, im nächsten Jahr besondere materielle Berücksichtigungen erfahren. Die gezielte Förderung soll, so das BMBW, die Qualität der Forschung und Lehre an den Hochschulen verbessern und den Leistungsgedanken stärken.

Der Entwurf des Einzelplans 31 des Haushaltsplanentwurfs 1985 hält u. a. fest, daß für die Hochschulbauförderung insgesamt 1,15 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Laut Information aus dem BMBW ist damit die Finanzplanung der früheren Bundesregierung nach oben hin korrigiert worden, die lediglich 900 Millionen Mark vorgesehen hatte.

Die Zuschüsse für die Deutsche Forschungsgemeinschaft werden im Entwurf von 526,5 Millionen Mark (1984) auf 542,3 Millionen Mark aufgestockt. Von diesen Mitteln, die in die Hochschulforschung fließen, soll ein erheblicher Teil dem wissenschaftlichen Nachwuchs zugute kommen.

Neu in den Etat aufgenommen werden erstmals Ansätze zur Förderung von hochqualifizierten promovierten Nachwuchswissenschaftlern in Höhe von 5 Millionen Mark.

Für die Studien- und Promotionsförderung ist eine Erhöhung der Mittel auf 75,5 Millionen Mark gegenüber 68 Millionen Mark im Jahr 1984 vorgesehen. Diese Mittel sollen über die Begabtenförderungswerke vergeben werden.

28 Millionen Mark veranschlagt das BMBW für die Stipendien für den Auslandsaufenthalt deutscher Akademiker und Studenten (1984: 25 Millionen Mark).

Neu aufgenommen in den Einzelplan des Ministeriums wurden ferner Mittel für die Förderung deutscher ausgesiedelter oder zugewanderter Studienbewerber, deren Studium durch eine Zusatzausbildung in der Bundesrepublik ergänzt werden muß. Vorgesehen sind 2 Millionen Mark.

Das Gesamtvolumen des Etat-Entwurfs beläuft sich auf 3,974 Milliarden Mark. Der Einzelplan 31 liegt damit in etwa auf der Höhe des Vorjahres (- 0,7 %).

Bundesregierung hält an HRG-Novelle fest

Die Bundesregierung will im Herbst einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vorlegen. Mit der Novellierung sollen die rechtlichen Voraussetzungen für eine "wesentliche Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen geschaffen werden", verlautet es dazu in der Publikation "Informationen" des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Diese Zielsetzung verlange eine Teilrevision des bestehenden Gesetzes.

Die geplante Novellierung sieht unter anderem vor, daß die Gesamthochschule als bundesrechtlich verbindliches Organisationsziel für die Entwicklung des Hochschulwesens aufgegeben wird. Die Gesamthochschule soll jedoch weiterhin "eine zulässige Hochschulart" bleiben, die sich allerdings im Wettbewerb mit anderen Hochschularten "bewähren muß".

Die Verantwortung der Hochschulen für die Studienreform soll gestärkt werden. Der Staat, so der Gesetzentwurf, habe sich aus der inhaltlichen Studienreform weitgehend zurückziehen. Überregionale und regionale Studienreformkommissionen sollen aufgegeben werden. Die bisherigen rechtlichen Grundlagen und Ansätze für ein Aufbaustudium sollen zugunsten eines systematischen, zugleich fächermäßig differenzierten Angebots von Postgraduierten-Studien weiterentwickelt werden. Die Hochschule soll über die Zulassung zu einem solchen Studium entscheiden.

Verbindliche Zwischenprüfungen sollen in den Studiengängen eingeführt werden ("damit nicht geeignete Studenten sich frühzeitig für eine andere Ausbildung entscheiden können"). Besonders befähigten Studenten soll durch

eine Auflockerung der "Regelungsdichte" und des "Verbindlichkeitsgrades" der Studienordnungen eine individuellere Studiengestaltung mit zusätzlichen Entwicklungsmöglichkeiten angeboten werden.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Hochschulforschung wird die Änderung der Vorschriften über die Forschung mit Mitteln Dritter angestrebt: Drittmittelforschung soll den gleichen Rang erhalten wie die aus Etatmitteln finanzierte Forschung. Bei der Drittmittelforschung, so wird von den "Informationen" des Ministeriums angeführt, sei eine freie Auswahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter durch den Drittmittelempfänger zu gewährleisten.

Für die Zusammensetzung der Hochschulgremien soll neben dem Prinzip der Gruppenvertretung der Grundsatz der Fachvertretung maßgebend sein, um der fachlichen Gliederung der Hochschule besser Rechnung zu tragen. Die einzelne Hochschule soll selbst bestimmen können, welches Leitungssystem für sie gelten soll, entweder Rektorats- oder Präsidialverfassung. Beide Verfassungen seien als gleichberechtigte anzusehen.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Situation und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft antwortete im Einvernehmen mit dem Minister für Forschung und Technologie mit dem Schreiben vom 31.07.1984 auf die Kleine Anfrage im Bundestag zur Situation und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Mehrere Abgeordnete und die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP hatten die Anfrage in den Bundestag eingebracht.

Zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses im Zusammenhang mit der Personal- und Stellenstruktur im Hochschulbereich führte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft das Fazit des Wissenschaftsrates in dessen Bericht "Zur Lage der Hochschulen Anfang der 80er Jahre" von Mai 1983 an. Demnach zeigten sich "große Unterschiede zwischen den Lehr- und Forschungsgebieten"; generell würde "die Zahl der jährlich neu zu besetzenden Stellen für Hochschullehrer zwar stark schwanken", die Stellen-Zahl in den 80er Jahren würde aber "sehr gering" sein.

Sie steige zu Beginn der 90er Jahre und erreiche gegen Ende der 90er Jahre "ein Mehrfaches der Größenordnung in den 80er Jahren", faßte das Ministerium aus dem Bericht des Wissenschaftsrates zusammen und zitierte: "Vornehmlich die Literatur- und Sprachwissenschaften, Anglistik, Germanistik, Romanistik, Sport, Mathematik, Informatik, Physik, Elektrotechnik und Vermessungswesen sowie die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (bereiten) Anlaß zur Sorge." In der zweiten Hälfte der 80er Jahre sei die zu erwartende Ersatzquote in diesen Fächern "sehr niedrig". Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs seien demzufolge "außerordentlich gering".

Anders verhalte sich dies in den drei medizinischen Fächern, den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, der Kunstwissenschaft sowie den Lehr- und Forschungsbereichen Erziehungswissenschaften, Geschichte, Chemie, Pharmazie, Geographie und Geowissenschaften. Diese Fächer würden "keinen Anlaß zur besonderen Sorge" bieten.

Namens der Bundesregierung urteilte der Minister für Bildung und Wissenschaft zum Erfolg aller Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses: staatliche Nachwuchsförderung sei dann im hohen Maße gefährdet, wenn die "anschließenden beruflichen Chancen ungewiß sind und die mehrjährige wissenschaftliche Weiterqualifikation gar als Erhöhung der beruflichen Risiken erscheint". Deshalb seien, so das Ministerium weiter, verbesserte Förderungsmöglichkeiten als auch bessere Berufsperspektiven für junge Wissenschaftler erforderlich. Nach Auffassung der Bundesregierung setzten bessere Berufsperspektiven eine entsprechende Personalstruktur mit dazugehörigen Stellen in den Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen voraus. Mit der vorgesehenen Novellierung des Hochschulrahmengesetzes beabsichtige die Bundesregierung auch eine Änderung der Personalstruktur der Hochschulen, um einen Beitrag zur Verbesserung der Berufschancen junger Wissenschaftler zu leisten. Dem gleichen Ziel dienten die beachteten gesetzlichen Neuregelungen für Zeitverträge an den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Die strukturellen Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung werden u. a. von der Annahme geleitet, daß sich der bisherige Hochschulassistent "in der Praxis weithin nicht durchgesetzt hat". An die Stelle des Hochschulassistenten soll deshalb ein Assistentenverhältnis treten, "das Qualifikations-

elemente und Dienstleistungselemente in sinnvoller Weise miteinander verbindet". Für die Phase nach der Habilitation soll, so die Bundesregierung, das Gesetz den Ländern und Hochschulen verschiedene Positionen anbieten, um Habilitierten, für die zur Zeit keine Dauerstelle als Professor frei ist, "ein Verbleiben an der Hochschule auf anderen Stellen zu ermöglichen".

Mit dem Entwurf eines Gesetzes über befristete Arbeitsverhältnisse mit wissenschaftlichem Personal beabsichtige die Bundesregierung, die Voraussetzungen für eine befristete Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern abzusichern und zu erweitern.

Geändert werden sollen nach dem Willen der Bundesregierung die Voraussetzungen für die Forschung mit Mitteln Dritter, die für die Qualifizierung des Nachwuchses "von wesentlicher Bedeutung ist". Konkret heißt das: "Befreiung der Drittmittelforschung von administrativen Hemmnissen, Erleichterung der Einwerbung von Drittmitteln". Drittmittelforschung soll durch die Verringerung des Verwaltungsaufwandes bei der Bewirtschaftung von Drittmitteln gefördert werden, damit "die Initiative und Bereitschaft von Hochschulen und Hochschullehrern gestärkt wird". Dabei sei auch zu prüfen, heißt es in der Antwort auf die Kleine Anfrage, ob den Hochschulen Einnahmen, die ihnen von dritter Seite zufließen, "zur eigenen Verwendung - insbesondere zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses - belassen werden können".

Gezielte materielle Förderungsmaßnahmen will die Bundesregierung nach eigenen Angaben da einleiten und ergreifen, "wo klar erkennbare Förderungsdefizite bestehen". Für ein schwerpunktmäßig ausgerichtetes Stipendienprogramm für hochqualifizierte, bereits promovierte Nachwuchskräfte sieht der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 1985 für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft einen Betrag in Höhe von 5 Mio. DM vor (siehe auch Seite 8); ab 1985 sollen 15 Mio. DM jährlich bereitgestellt werden. Das Programm soll über die Deutsche Forschungsgemeinschaft abgewickelt werden. Die Finanzierung des Programms habe ausschließlich aus Bundesmitteln zu erfolgen.

Weitere, indirekt wirkende Maßnahmen seien insbesondere die Bundeszuwendungen an die wissenschaftsfördernden Einrichtungen (DFG, MPG, Institute

der sog. Blauen Liste, Großforschungseinrichtungen etc.); "nicht zuletzt aber auch der Ausbau der Hochschulen im Rahmen des Hochschulbauförderungsgesetzes".

Zeitvertragsnovelle: Zustimmung und Widerspruch

Der Entwurf eines "Gesetzes über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen" ist vom Bundeskabinett verabschiedet worden. Die Wissenschaftsorganisationen begrüßen ihn lebhaft, DGB und SPD lehnen ihn strikt ab.

Nach Absicht des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Dr. Dorothee Wilms, soll mit dem Entwurf eine bessere Rechtsbasis für den Abschluß von Zeitverträgen geschaffen werden. Ausdrücklich betont sie, daß an den Hochschulen nicht Dauerstellen in befristete Stellen umgewandelt, sondern auf Drittmittelbasis mehr befristete Stellen geschaffen werden sollen.

Nach geltendem Recht ist die Einwerbung von Drittmitteln für ein Vorhaben kein Sachgrund zum Abschluß eines befristeten Vertrages mit einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und das Auslaufen des Projekts bzw. der Mittel ebenso kein Sachgrund, ein Arbeitsverhältnis zu kündigen. Eine Folge dieser Regelung: Drittmittel werden zum Teil gar nicht erst eingeworben.

Der Regierungsentwurf sieht vor, daß für wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter, Personal mit ärztlichen Aufgaben, Lehrkräften mit besonderen Aufgaben und wissenschaftlichen Hilfskräften befristete Arbeitsverträge mit jeweils speziellen Bedingungen abgeschlossen werden können, "wenn die Befristung durch einen sachlichen Grund gerechtfertigt ist". Als sachlicher Grund gelten ausdrücklich auch Weiterbildung, die Vergütung aus haushaltsrechtlich für eine befristete Beschäftigung bestimmten Haushaltsmitteln, Erwerben oder Einbringen besonderer Erkenntnisse und Erfahrungen, Vergütung aus Mitteln Dritter sowie erstmalige Einstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Nicht später als vier Jahre nach der letzten Hochschul- oder Staatsprüfung soll der erste befristete Vertrag abgeschlossen werden, der auf fünf Jahre begrenzt ist. Ausdrücklich läßt die Novelle Privatdienstverträge zu.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft begrüßte den Entwurf. Er gebe den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in einer seit langer Zeit unsicheren Rechtslage klare Handlungsgrundlagen.

Der stellv. DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach kritisierte die "schrakenlose Zulassung von Zeitverträgen"; mit der Novelle würden "erneut verbrieft Arbeitnehmerrechte und die Tarifautonomie außer Kraft gesetzt".

(in: Wissenschaft, Wirtschaft, Politik,
14. Jg. Nr. 36, 05.09.1984).

NACHRICHTEN AUS DER VERWALTUNG

Eingang zur Bibliothek nicht blockieren

In die Hochschulbibliothek dürfen von den Benutzern bekanntlich weder Taschen noch Mäntel hineingenommen werden. Das führt während der Vorlesungszeiten dazu, daß insbesondere Studenten diese Gegenstände auf dem Eingangspodest ablegen und dadurch Verkehrs- und Rettungswege blockieren. Besonders bedauerlich ist dieser Zustand für Gehbehinderte, die sich kaum einen Weg durch die Ablage schaffen können.

Zu Beginn des WS 1984/85 wird auf einem Schild auf die Ablagemöglichkeiten hinter der Bibliothek hingewiesen werden mit der Aufforderung, diese zu benutzen. Wer trotzdem Gegenstände vor dem Bibliothekseingang ablegt, läuft Gefahr, sie nach Rückkehr nicht mehr vorzufinden. Das Hauspersonal ist angewiesen, diese Sachen zu entfernen.

Dezernat 1

AVMZ-AKTUELL:

Farbreproduktionen als Overhead-Folien jetzt möglich

Farbreproduktionen, gleich von welchem Farboriginal (Graphiken, techn. Zeichnungen, Farbfotos, Dias, gedruckte Illustrationen, Karten), können jetzt in der Reproduktionsstelle des AVMZ auf Papier oder Film (Overhead-Folie) bis zum Format DIN A 4 hergestellt werden.

Die visuelle Kommunikation in Kolloquien, Seminaren und Vorlesungen erhält mehr Farbe und wird effektvoller.

Die Selbstkosten für eine DIN A 4 Farbproduktion betragen 10,-- DM und liegen damit um 50 % unter dem Preis der in Reproduktionsanstalten zu zahlen ist.

Nähere Auskünfte über das neue Verfahren und dessen Möglichkeiten erteilt Herr Droll in der Reproduktionsstelle des AVMZ (H 1.309, Telefon: 2819).

Personalrat umgezogen

Der Personalrat für das nichtwissenschaftliche Personal der Uni-GH-Paderborn ist umgezogen. Er befindet sich nun im Gebäude H, Raum 2.120, und ist unter der Telefonnummer 2837 zu erreichen.

Vorsitzende des Personalrats ist die Reg.-Ang. Gerda Nonnemann vom AVMZ, Telefonnummer 2836.

Personalveränderungen

-nichtwiss. Mitarbeiter-

Einstellungen:

Abbing, Maria-Elisabeth	Bibl.	Zeitang.	01.06.84 - 03.10.87
Becker, Bernd	FB 6	Lehrling	03.09.84
Eckold, Marianne	FB 1	Reg.-Ang.	16.07.84
Eich, Renate	ZV	Lehrling	01.08.84
Ewersmeyer, Claudia	Bibl.	Bibl.-Ang.	01.08.84
Fuchs, Stefan	Bibl.	Bibl.-Ang.	01.08.84
Haffke, Jürgen	FB 10	Lehrling	03.09.84
Heimes, Andreas	Abt.MES	Lehrling	03.09.84
Hlubek, Ursula-Eva	Bibl.	Bibl.-Ang.	01.08.84
Holland, Sieglinde	FB 6	Techn. Ang.	03.09.84
Kirchhof, Roswitha	AVMZ	Aushilfsang.	16.07.84 - 30.09.84
Knoche, Andreas	FB 13	Lehrling	03.09.84
Krause, Norbert	FB 10	Techn. Ang.	02.07.84
Kremer, Edith	FB 14	Reg.-Ang.	18.06.84
Lasthaus, Ulrike	Abt.S0	Techn. Ang.	01.08.84
Machann, Hans-Joachim	FB 10	Techn. Ang.	01.08.84
Merschmann, Martina	ZV	Lehrling	01.08.84
Müller, Bettina	ZV	Lehrling	01.08.84
Niggemeyer, Regina	FB 13	Lehrling	03.09.84
Osdiek, Luise	FB 6	Lehrling	03.09.84

Paschke, Frank	TBD	Lehrling	03.09.84
Pawelski, Guido	TBD	Lehrling	03.09.84
Reimann, Petra	ZV	Lehrling	01.08.84
Reinhart, Santiago	Abt.MES	Lehrling	03.09.84
Risse, Norbert	Abt.SO	Lehrling	01.08.84
Rump, Friedhelm	FB 14	Handwerker	01.08.84
Schröder, Frank	Abt.MES	Lehrling	03.09.84
Schulte, Andreas	Abt.MES	Lehrling	03.09.84
Seefeldt, Heinz	ZV	Arbeiter	10.08.84
Thiesmann, Margaretha	FB 5	Reg.-Ang.	02.07.84
Tölle, Heribert	FB 10	Lehrling	03.09.84
Vockel, Christian	FB 6	Lehrling	03.09.84
Weber, Karl-Heinz	ABT.SO	Aushilfsang.	02.07.84
			- 31.03.86

Beförderungen:

Bartels, Meinolf	ZV	Reg.-Oberinspektor	22.08.84
------------------	----	--------------------	----------

Höhergruppierungen:

Brankamp, Heinrich	FB 14	Techn.-Ang.	01.07.84
Hermisch, Wilhelm	FB 6	Techn.-Ang.	01.07.84
Hinsenkamp, Alf	ZV	Reg.-Ang.	01.03.84
Horstmann, Hugo	Abt.SO	Techn.-Ang.	01.05.84
Jostmann, Franz	FB 10	Handwerker	01.06.84
Mandel, Ernst	ZV	Reg.-Ang.	01.06.84
Micus, Cornelia	ZV	Reg.-Ang.	19.06.84
Salmen, Erna	Abt.ME	Bibl.-Ang.	01.06.84
Schäfers, Josef	FB 10	Handwerker	01.06.84
Schröter, Ursula	ZV	Reg.-Ang.	17.07.84
Schütte, Heinz-Peter	FB 14	Handwerker	01.07.84
Weide, Klaus	FB 14	Handwerker	01.08.84
Weise Siegfried	Abt.SO	Arbeiter	01.01.84

Übernahme in ein Arbeits-, Angestelltenverhältnis:

Arens, Thomas	FB 13	Chemiewerker	16.06.84
Freitag, Annette	FB 13	Facharbeiterin	17.06.84
			-29.07.84
Micus, Cornelia	ZV	Reg.-Ang.	19.06.84
Schröter, Ursula	ZV	Reg.-Ang.	20.06.84

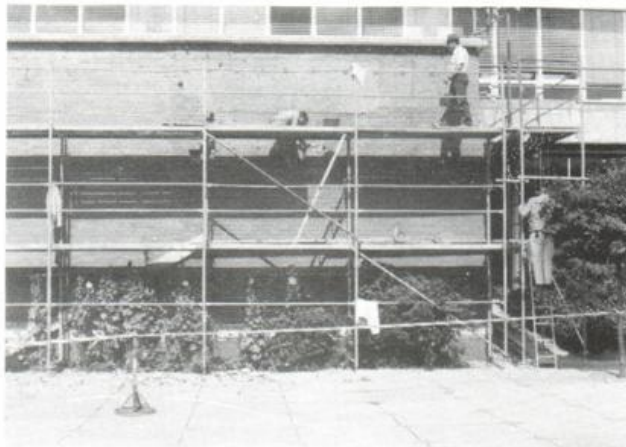
Abgänge:

Anderka, Guido	FB 13	Lehrling	15.06.84
Brune, Gisbert	Abt. SO	Lehrling	27.06.84
Disse, Gerhard	FB 13	Lehrling	15.06.84
Eickelpasch, Karin	Bibl.	Bibl.-Ang.	30.06.84
Kiesewalter, Margret	FB 14	Reg.- Ang.	30.06.84
Lobocki, Elke	ZV	Lehrling	18.06.84
Luedtke, Thorsten	FB 14	Lehrling	22.06.84
Mesters, Theresia	Abt. MES	Reg.-Ang.	31.07.84
Reinartz, Fritz	Abt. SO	Techn.-Ang.	24.05.84
Schröder, Dietmar	Abt. SO	Lehrling	27.06.84

Beginn umfangreicher Baumaßnahmen

Sanierung der Hörsaalverblendung

Am 20. August wurde mit der Sanierung der Hörsaalverblendung begonnen. Die Arbeiten sind mittlerweile beendet. Behoben wurden die Schäden am Verblendmauerwerk. Die Arbeiten fielen zwar nicht mehr unter die Gewährleistung, der Auftragnehmer haftete dennoch. Die Sanierung beinhaltete im einzelnen:



- Reinigen und Dampfstrahlen der gesamten Klinkerfläche
- Ausbessern der vermoosten Fugen
- Erneuern der abgeplatzen, abgefrorenen und rissigen Steine
- Versiegeln des gesamten Mauerwerks.



Erstellung von Pkw-Stellplätzen auf dem Grundstück der ehemaligen Halle Beseler

Ebenfalls am 20. August begann der Ausbau von rund 200 Pkw-Stellplätzen auf dem Grundstück der ehemaligen Halle Beseler an der Warburger Straße (Siehe Titelbild dieser Ausgabe). Mit der Fertigstellung dieser Parkplätze wird der vorhandene Fehlbedarf

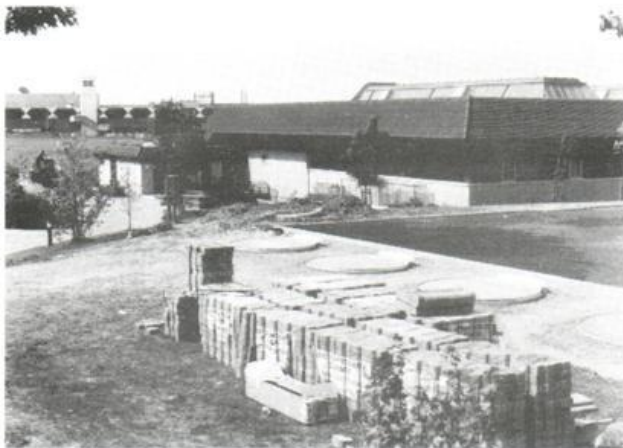
zwar gemildert, jedoch nicht behoben. Als weitere vordringliche Aufgabe steht in diesem Zusammenhang das Bemühen, nach Fertigstellung der Halle IW 2 die Außenanlagen mit Kfz-Stellplätzen verkehrssicher und endgültig auszubauen.

Zu Beginn der Bauarbeiten an der Warburger Straße wurde eine fünf Zentner schwere Bombe entdeckt. Die während des 2. Weltkriegs abgeworfene Bombe wurde an Ort und Stelle entschärft. Befürchtungen, auf dem Baugelände könnten noch zwei weitere Sprengkörper liegen, bewiesen sich als unbegründet. Die Arbeiten sind inzwischen in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.



Ausbau des Sportinstituts für das Fach Sport

Mit den Bauarbeiten für das Sportinstitut wurde Ende August begonnen. Nach Fertigstellung des Bauvorhabens werden die zur Zeit im Bauteil N untergebrachten Bediensteten des Faches Sport in das neue Gebäude umziehen können. Damit ist das Fach Sport demnächst als komplette Einheit auf bzw. in den Sportanlagen zusammengefaßt.



Bau einer Kugelstoßlehranlage

In diesem Jahr wird als Ergänzung zu den Sportaußenanlagen eine Kugelstoßlehranlage mit vier Stoßringen errichtet. Durch diese zusätzlich notwendige Einrichtung wird man den steigenden Teilnehmerzahlen für den Übungsbetrieb gerecht werden können.

Zum Beginn des Wintersemesters 1984/85 wird die Baumaßnahme voraussichtlich abgeschlossen sein.

Ausbau des ehemaligen Beseler Silos für das Fach Kunst

Andauern bis in das Jahr 1986 werden die umfangreichen Aus- und Umbauarbeiten am Beseler Silo (Siehe Titelbild dieser Ausgabe). Dem Fach Kunst soll mit dem Einzug in das Gebäude ausreichend Platz zum Arbeiten und Ausstellen verfügbar gemacht werden. Mit Ausnahme des Faches Musik wird der gesamte Fachbereich 4 im 'Silo' untergebracht werden.

Pilot-Studie des Hochschulverbandes zur Studierfähigkeit:
Denkvermögen und Ausbildungsinteresse vorhanden -
Vertrautheit mit elementaren Arbeitstechniken mangelhaft

Der Hochschulverband hat eine erste, umfangreiche Untersuchung zur Studierfähigkeit der neuen Abiturientengenerationen durchgeführt. Rund 1.300 von den insgesamt 11.267 in diesem Verband organisierten Hochschullehrern beantworteten einen entsprechenden Fragebogen (Rücklaufquote: 11,35 %). 15 Thesen sind auf Grundlage des Untersuchungsmaterials gewonnen worden, die zu einer öffentlichen und auch kontroversen Diskussion seitens der Angesprochenen und Verantwortlichen geführt hat. Die Thesen sollen zum Gespräch einladen zwischen Lehrern und Schulverwaltungen, Eltern und Abiturienten, Hochschullehrern und Politikern.

Erkenntnisinteresse

Jeder Fünfte eines Altersjahrgangs erlangt mittlerweile die Hochschulreife. Als konkrete Umsetzung des Prinzips der Chancengleichheit im (Aus-) Bildungsbereich haben sich die Tore der Hochschulen auch für "bildungsferne Schichten" geöffnet. Diese vom Hochschulverband als Faktum angesehene und uneingeschränkte begrüßte Entwicklung entbinde, so die Organisation, die Universität jedoch nicht von der Verpflichtung, eine anspruchsvolle wissenschaftliche Ausbildung zu vermitteln. Aufgabe der Hochschule sei es, die Standards der Studierfähigkeit zu umschreiben und festzulegen, damit Voraussetzungen für wissenschaftliches Arbeiten auf nationalem und internationalem Niveau gesichert werden könnten.

Der unter der Federführung des Erziehungswissenschaftlers Prof. Dr. Werner Heldmann zur Studierfähigkeit der Abiturientengeneration vorgelegten Studie liegt das wissenschaftliche Interesse zugrunde, mögliche Antworten auf die Fragen zu geben: welche Fähigkeiten bringen die Abiturienten mit an die Hochschule? welche Fähigkeiten wollten sie haben? vorausgesetzt, es bestünden Mängel, welche Initiativen müßten ergriffen werden, diese abzubauen?

Methodologische Probleme

Prof. Heldmann weist ausdrücklich auf den vorläufigen, explorativen Charakter der Studie hin. Mängel, die durch die Anwendung der Methode der schriftlichen Befragung auftreten, sind ihm bewußt. Er führt sie an: die Befragungsdaten basierten auf einem subjektiven Niveau, auf Einschätzungen der beteiligten Hochschullehrer; die geringe Zahl der Respondenten verzerrte die Ergebnisse (rund 88 % der organisierten, nicht antwortenden Hochschullehrer könnten hinsichtlich der Studierfähigkeit der Studienanfänger keine Probleme sehen); die vorliegende Gesamtstichprobe könnte als selektiv eingeordnet werden, da sie ausschließlich aus dem Mitgliederstand des Verbandes stammt, "der, legt man bestimmte gesellschaftspolitische Klischees zugrunde, als konservativ eingestuft werden kann". Gegen etwaige Kritiker der Studie führt Prof. Heldmann ins Feld, daß deren Vorwürfe kasuistisch blieben, solange keine umfangreiche andere Untersuchung mit abweichenden Ergebnissen vorliege.

Die Thesen

Die 15 Thesen mit ihren umfangreichen Erläuterungen an dieser Stelle im einzelnen zu behandeln, kann nicht geleistet werden. Herausgestellt seien einige evidente Ergebnisse und Bewertungen.

Die gesellschafts- und bildungspolitischen Zielsetzungen der Reformvorhaben der letzten Jahre hätten sich in ihrem Ansatz und in der Sache als richtig erwiesen, kommentiert Heldmann. Die damit verbundene Erhöhung der Studen-
tenzahl bedeute nicht eo ipse eine generelle Herabsetzung des Standards, der für die Studierfähigkeit maßgebend sei. Allerdings hätten sich Stil und Intensität schulischen Arbeitens in den letzten Jahren nachhaltig verändert. Zum Nachteil der Studierfähigkeit, die das Ergebnis eines kontinuierlichen Entwicklungsganges sei, der über Jahre hinweg den Schüler an bestimmte Formen des Arbeitens herantühre.

Zwar könnten nach Meinung der Hochschullehrer den Abiturienten persönliche Voraussetzungen zur Studierfähigkeit bescheinigt werden, namentlich Lern-

und Leistungsbereitschaft, Denkvermögen und Ausbildungsinteresse, erhebliche Defizite seien jedoch in den Bereichen formaler und kategorialer Voraussetzungen diagnostizierbar: Vertrautheit mit elementaren Arbeitstechniken, elementare Kenntnisse der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften, Arbeitsqualität, Präsenz des Wissens, Ausdauer und Belastbarkeit.

Die Schuld für den so ausgemachten problematischen Ist-Zustand treffe nicht die Gymnasien, sondern die politische Öffentlichkeit, die programmatischen Setzungen den Vorrang gegeben habe vor dem individuellen Bildungsschicksal junger Menschen. In erster Linie seien hier Maßnahmen zu nennen, die abzielten auf eine Nivellierung des Profils der Schularten. Weitere Ursachen lägen im Wegfall der Aufnahmeprüfung in das Gymnasium, dem Abbau strengerer Überprüfungs- und Notengebungsverfahren, dem übertriebenen Medieneinsatz im Unterricht. Vermißt werden von den Hochschullehrern gezielte Unterrichtshilfen, kleinere Klassen, Silentien.

Unabhängig von den universitären Fachgruppen halten die Probanden vier Schulfächer für unentbehrlich oder nützlich: Deutsch, Englisch, Mathematik und eine weitere Fremdsprache. Für das Gymnasium habe daraus zu folgen, daß alle Schüler der Unter- und Mittelstufe in diesen Fächern unterrichtet werden müssen. Der Unterricht sei sowohl auf sachliche und fachliche Kontinuität als auch auf methodische Präzisierung und Profilierung auszurichten. Nur so könne die Fortführung der Fächer in der Oberstufe auf qualitativem Niveau gesichert werden.

An die eigene Adresse gehen zwei Überlegungen der Studie. Zur Lehrerbildung wird die These formuliert: "Das fachwissenschaftliche Studium muß ein breites Fundament vermitteln und darf sich nicht im Spezialstudium erschöpfen. Es ist durch erziehungswissenschaftliche Studien so zu ergänzen, daß im Fachunterricht zugleich die erzieherischen Elemente voll zum Tragen kommen." An die einzelnen Fachdisziplinen ergeht die Aufforderung, ein realistisch definiertes inhaltliches Eingangsniveau bekannt zu machen. Nur darauf könne ein Studienplan aufbauen. Darüber hinaus, so der Kommentar zur Untersuchung, sollten schon während des Grundstudiums kontinuierlich Leistungsprüfungen stattfinden, womit jedoch keine Hochschuleingangsprüfungen gemeint seien. Den Studienanfängern soll mit solchen Prüfungen die Mög-

lichkeit anheim gestellt werden, "Defizite frühzeitig in eigener Verantwortung zu beseitigen oder das Studienziel zu korrigieren".

Detlev Grewe

Werner Heldmann, Studierfähigkeit.

Ergebnisse einer Umfrage.

Mit Thesen des Hochschulverbands,

Göttingen 1984, DM 29,80.

Uni-GH-Bibliothek: Anlaß zur Sorge!

Raumnot, Personalknappheit und zu geringe Etatmittel kennzeichnen die derzeitige Situation der Hochschul-Bibliothek. Die Versorgung von Forschung und Lehre mit Literatur aus dem Bibliotheksbestand hat sich verschlechtert. Eine Reduzierung des Serviceangebots der Bibliothek wird sich längerfristig kaum vermeiden lassen. In einem Bericht zur Lage der Bibliothek hat ihr Direktor, Klaus Barckow, auf diesen besorgniserregenden Zustand hingewiesen.

Der Flächenbedarf der Universitätsbibliothek Paderborn soll nach einer Empfehlung der Planungsgruppe "Bibliothekswesen im Hochschulbereich NRW" beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes 9.100 qm betragen. Zugrunde gelegt wird dabei eine Studentenzahl von 6.000. Tatsächlich stehen der Bibliothek jedoch nur rund 7.200 qm zur Verfügung. Die angenommene Studentenzahl wird zur Zeit in Paderborn um annähernd 2.000 überschritten. Zukünftig muß für diese nicht eingeplanten Studenten eine angemessene Anzahl von Leseplätzen eingerichtet werden.

Die Bibliothek (gegenwärtiger Literaturbestand ca.: 700.000 Bände) hat den Literaturzugang (1983: 34.500 Bände) auf der unzureichenden Nutzfläche bisher noch notdürftig unterbringen können: abgebaut wurde die Anzahl der Leseplätze zugunsten einer Erweiterung der Stellfläche für neue Regale. Zudem wurden die Achsabstände zwischen den einzelnen Regalen bis an die Grenze der Funktionsfähigkeit einer systematischen Freihandaufstellung reduziert. Der einzige Gruppenarbeitsraum wurde geschlossen und zur Unterbringung der Schulbuchsammlung verwendet.

Die Unterbringung des Monographien- und Zeitschriftenzugangs auf der vorhandenen Bibliotheksfläche wird spätestens Ende 1985 nicht mehr möglich sein.

Die Grundaufgaben der Bibliothek können mit dem derzeitigen Personalbestand von 73 Stellen weiterhin erfüllt werden. Unerläßlich ist die Mitarbeit studentischer Hilfskräfte. Da sich die Personalausstattung an der zwar noch akzeptablen, aber doch unteren Grenze des für eine adäquate Arbeit der Hochschulbibliothek Notwendigen bewegt, würde ein wie auch immer begründeter Ausfall von wenigen für einen längeren Zeitraum eine Reduzierung des Serviceangebots der Bibliothek bedeuten: schrittweise Kürzung der Öffnungszeiten, Einschränkungen im Fernleihbereich, Einstellung der Kooperation mit der Zeitschriftendatenbank beim Deutschen Bibliotheksinstitut in Berlin, Schließung der Tausch- und Geschenkstelle, über die jährlich rund 5.000 zum Teil teure Publikationen kostenfrei erworben werden.

Bei der Gründung der Universität-Gesamthochschule wurden für den Bestandsaufbau und -ausbau der Bibliothek 18 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Diese Aufbaumittel werden spätestens 1988 ausgeschöpft sein. Der überwiegende Teil der Mittel ist in den letzten Jahren für die Erwerbung von Monographien benötigt und verwendet worden. Und dies angesichts drastischer Preissteigerungsraten auf dem nationalen und internationalen Literaturmarkt.

Ein Ausgleich der Kaufkraftverluste durch eine entsprechende Erhöhung der Haushaltsansätze hat nicht stattgefunden. Die Steigerungsraten der laufenden Erwerbungsmitel lagen im Durchschnitt noch unter der allgemeinen Inflationsrate. Die Folge solch unzureichender finanzieller Unterstützung ist eine erhebliche Verschlechterung in der Versorgung von Forschung und Lehre mit Literatur - insbesondere im Zeitschriftenbereich (beispielsweise mußten 1982 rund 650 Titel abbestellt werden).

Eine Erhöhung der laufenden Erwerbungsmitel der Bibliothek erscheint angesichts der angespannten Finanzsituation des Landes NRW nicht realisierbar. Angestrebt werden soll deshalb eine Aufstockung der Aufbaumittel, die ca. 40 % der Gesamtausgaben ausmachen.

3. Konferenz der Fremdsprachendidaktiker und Amerikanisten in Paderborn

Eine wissenschaftliche Überprüfung und Ergänzung des im schulischen Englischunterricht vermittelten Amerikabildes stand im Mittelpunkt der 3. Konferenz 25 führender Fremdsprachendidaktiker und Amerikanisten im Paderborner Liborianum. Unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Freese von der Universität-Gesamthochschule-Paderborn wurden vom 11. bis 13. September in 18 Vorträgen die verschiedensten inhaltlichen und didaktisch-methodischen Aspekte des Themas "Zeitgenössische amerikanische Kultur und Literatur im fortgeschrittenen deutschen Englischunterricht" erörtert. Die Konferenz wurde ermöglicht durch eine großzügige finanzielle Unterstützung der Botschaft der Vereinigten Staaten.

Einleitend stellte Hans Hunfeld aus Eichstätt sein neues Buch "Geschichten vom deutschen Amerika" vor, in dem 300 Jahre deutscher Amerika-Rezeption erzählerisch aufgearbeitet werden.

Der zunehmend wichtige Bereich von Film und Fernsehen wurde in vier Referaten abgehandelt. Hierbei ging es um die Möglichkeiten des analytischen und kreativen Umgangs mit visuellen Medien im Unterricht, um die Analyse und die Möglichkeiten des schulischen Einsatzes amerikanischer Fernsehserien am Beispiel von "Denver Clan" und um den kombinierten Einsatz von Literatur und Literaturverfilmung am Beispiel von Charles Webbs "The Graduate".

Wichtige literarische Texte und Formen ihres unterrichtlichen Einsatzes wurden vorgestellt, so u. a. Kurt Vonneguts Roman über die Bombardierung Dresdens, "Slaughterhouse-Five", die postmodernen Erzählungen von Walter Abish über die Möglichkeiten und Grenzen sprachlicher Wirklichkeitsbewältigung, Arthur Millers Drama "The Price" mit seiner Kritik am vordergründigen Erfolgsstreben.

Die Vorträge und Diskussionen zur Sprache und Literatur der USA wurden ergänzt durch Beiträge zur sozio-kulturellen Gegenwartssituation des Landes. Analysiert wurde der regierungsamtliche Bericht über die Schwächen des augenblicklichen amerikanischen Schulsystems, dargestellt wurde die im laufenden Präsidentschaftswahlkampf so zentrale Position der religiösen Rech-

ten. Nicht zuletzt wurde die gesellschaftskritische jugendliche Gegenkultur der 60er und 70er Jahre in Amerika behandelt.

Die Ergebnisse des Treffens werden im Frühjahr 1985 in einem von Prof. Freese edierten Sammelband im Schöningh-Verlag erscheinen und damit allen interessierten Lehrern zugänglich sein.

Senat beendet Diskussion um Namensgebung der Universität-Gesamthochschule-Paderborn

Auf Vorschlag des Rektorats hat der Senat der Universität-Gesamthochschule-Paderborn in seiner Sitzung am 05.09.1984 zu den Vorschlägen und zur Diskussion um die Namensgebung der Uni-GH Stellung genommen.

Der Senat ist der Auffassung, daß die Universität-Gesamthochschule-Paderborn gegenwärtig keines zusätzlichen Namens bedarf. Die Diskussion zu diesem Thema ist damit beendet, da eine etwaige Namensgebung eine Änderung der Hochschulsatzung erforderlich machen würde und eine solche Änderung nur auf Initiative des Senats erfolgen kann.

Dienstzeitehrungen

Aus Anlaß des 25-jährigen Dienstzeitjubiläums hat der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen an folgende Hochschullehrer der Universität-Gesamthochschule-Paderborn Ehrenurkunden verliehen:

Professor Dr. Franz-Josef Kaiser,
Professor Dr. Karl-Heinz Kiyek,
Professor Dr. Gerhard Wilmes,
Professor Dr. Frank Fritsch.

Berufserweiterndes Lehrangebot für Lehramtsstudenten,
Referendare und Lehrer ohne Anstellung

Die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt "Schule" macht eine differenziertere Qualifizierung von (angehenden) Lehrern für außerschulische Tätigkeitsfelder erforderlich. Um eine solche größere Flexibilisierung der Lehramtsstudenten, Referendare und der Lehrer ohne Anstellung zu erreichen, stellt die Universität-Gesamthochschule-Paderborn zum Wintersemester 1984/85 ein berufserweiterndes Lehrangebot aus den Gebieten Betriebswirtschaftslehre, Datenverarbeitung und Fremdsprachen für diesen Personenkreis zur Verfügung. Die Themen im einzelnen:

- o Personalauswahl und Bewerbungen,
Blockveranstaltung vom 11. bis 15.02.1985
Vorlesung/Übung: 9 - 13 u. 15 - 18 Uhr

- o Entscheidungstraining,
Blockveranstaltung vom 01. bis 05.10.1984
Übung: 9 - 17 Uhr

- o Theorie und Praxis der Videoaufnahmen
Übung: mittwochs 14 -16 Uhr

- o Mikrocomputer als interaktive AV-Medien
Seminar: freitags 9 - 11 Uhr

- o Einführung in Datenverarbeitung und Programmierung
Vorlesung/Übung: donnerstags 9 - 11 Uhr

- o Englisch
Übung: montags 18 - 20 Uhr.

Über die erfolgreiche Teilnahme an den Lehrveranstaltungen wird vom Dozenten eine Bescheinigung ausgestellt.

Nähere Information erteilt die Zentrale Studienberatungsstelle der Universität-Gesamthochschule-Paderborn unter der Rufnummer: 05251/ 60-2007/ -2008/ -2009.

Entwurf der Empfehlungen durch die überregionale Studienreformkommission

Geschichte verabschiedet:

Warnung vor Geschichtsstudium als Verlegenheitslösung

Die aufgrund einer Vereinbarung der Ministerpräsidenten der Länder vor zwei Jahren einberufene überregionale Studienreformkommission Geschichte verabschiedete am 11. September 1984 bei ihrer 12. Sitzung den Entwurf ihrer Empfehlungen für das Fach Geschichte. Der Entwurf soll noch im Wintersemester 1984/85 den Hochschulen zur Stellungnahme zugeleitet werden.

Die Vorsitzenden der Kommission, Professor Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin (Darmstadt/Mainz) und Professor Dr. Hatto H. Schmitt (München) wiesen bei der Verabschiedung des Entwurfs auf seine besondere Bedeutung vor allem in Anbetracht der schlechten Situation auf dem Lehrerarbeitsmarkt hin, die dazu geführt habe, daß eine zunehmende Anzahl von Studenten einen Magisterabschluß im Fach Geschichte anstrebt. Durch die in den Empfehlungen vorgeschlagene stärkere Profilierung des Magisterabschlusses mit deutlich praxisbezogenen Studienelementen wolle die Kommission erreichen, daß sich außerschulische Arbeitgeber zunehmend für Absolventen von Studiengängen mit dem Fach Geschichte interessieren. Absolventen eines nach diesen Empfehlungen gestalteten Studiums seien in zahlreichen Bereichen vielseitig einzusetzen. Besonders kämen die Bereiche Medien, Erwachsenenbildung, Dokumentation, Archive, allgemeine kulturelle Aufgaben etc. in Betracht. Das bei den großen historischen Ausstellungen der vergangenen Jahre deutlich gezeigte Interesse der Öffentlichkeit an geschichtlichen Fragestellungen lasse hoffen, daß für qualifizierte Historiker sich trotz der schwierigen Arbeitsmarktlage noch angemessene Arbeitsplätze finden werden. Grundsätzlich jedoch warnten die beiden Vorsitzenden vor der Aufnahme des Geschichtsstudiums als Verlegenheitslösung. Sie hoben hervor, daß nur überdurchschnittlich motivierte Studenten mit guten Ergebnissen damit rechnen könnten, eine ihrer Ausbildung entsprechende Position zu finden. Professor von Aretin und Professor Schmitt forderten die Hochschulen auf, kritisch zum Entwurf Stellung zu nehmen und vor allem solche Ergänzungen und Verbesserungen vorzuschlagen, die die beruflichen Chancen der Absolventen von Studiengängen mit dem Fach Geschichte verbessern könnten.

Veranstaltungshinweis

PADERBORNER ERSTAUFFÜHRUNG EINES BEETHOVEN-KONZERTSATZES

Prof. Fischer ergänzte Fragment eines Violinkonzertes

Zu einem Orchesterkonzert mit ungewöhnlichem Programm lädt das Kammerorchester der Universität-Gesamthochschule-Paderborn in die Aula der Kaiserpfalz ein (Sonntag, 30.09., 20 Uhr). Bei einem der Programmpunkte handelt es sich nämlich um eine Paderborner Erstaufführung.

Bis vor kurzem war es nur wenigen Eingeweihten bekannt, daß Beethoven außer dem berühmten Violinkonzert in D-Dur noch ein weiteres Konzert für Violine in C-Dur geschrieben hat, von dem allerdings nur der erste Satz, und der auch nur als Fragment, erhalten ist.

Dies ist umso betrüblicher, als es sich dabei um ein Dokument aus Beethovens früher Schaffensphase (1790-1792) handelt, das seiner Substanz nach bereits auf das wenig später (1795) entstandene Klavierkonzert in B-Dur op. 19 vorausweist. Um die erhaltenen Takte der Praxis zu erschließen, hat Dr. Wilfried Fischer, Professor an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn und Leiter des Kammerorchesters, den Versuch unternommen, das Fragment im Sinne der zu erkennenden formalen Anlage (Sonatenhauptsatzform) und mit Hilfe des im ersten Teil (Exposition) aufgestellten motivischen Materials zu Ende zu führen. Im Konzert soll zunächst das Fragment in der überlieferten Form, danach in der ergänzten Fassung vorgestellt werden. Auf dem Programm stehen außerdem: die Konzertante Symphonie für Violine und Viola Es-Dur KV 364 von Mozart sowie die Sinfonietta für Streichorchester des französischen Komponisten Albert Roussel.

Die Solisten des Konzertes, Gorjan Košuta, Violine und Rainer Moog, Viola, lehren beide als Professoren an der Musikhochschule in Köln.

Mit dem Konzert in der Kaiserpfalz tritt das neugegründete Kammerorchester der Universität, das bisher nur als Begleitinstrument des Chores zu hören war, zum erstenmal mit einem selbständigen Programm an die Öffentlichkeit.